

**Aufruf an alle Assistenznehmer\*innen,  
Assistenzbeschäftigte und Freund\*innen der  
Eingliederungshilfe**

**Keine Kürzungen in der Eingliederungshilfe!  
Hände weg von den Tariflöhnen in der Pflege!**

Anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz und dem Treffen der  
Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler am 25. Juni 2026  
ruft der Aktionsratschlag Eingliederungshilfe

gemeinsam mit:

Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK e.V.)

ambulante dienste e.V. (ad)

Neue Lebenswege GmbH (NLW)

den Tarifkommissionen bei ad und bei NLW

zu **Kundgebungen gegen menschenverachtende Spar-Politik** auf  
mit Überreichung einer Petition gegen Sparmaßnahmen in der  
Eingliederungshilfe am

**Donnerstag, 25. Juni 2026**

**von 8:00 Uhr bis 10:30 Uhr vor dem Bundesrat**

Leipziger Straße 3 – 4 / 10117 Berlin

**und**

**von 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr vor dem Bundeskanzleramt**

Willy-Brandt-Straße 1 / 10557 Berlin

Wir erleben im Augenblick einen groß angelegten Angriff von Bund, Ländern und Kommunen auf sämtliche sozialstaatlichen Strukturen, vorbereitet und begleitet von einer Medienkampagne und gezielter Fehlinformation. Es werden „Lösungen“ für eingebildete „Krisen“ angepriesen, die immer auf eines hinauslaufen: Die Rechte und Ansprüche von besonders vulnerablen Gruppen sollen beschnitten werden: Menschen mit Behinderung, Migrant:innen, Rentner:innen, Kranke, sozial benachteiligte Jugendliche, im Bereich der Sorgearbeit beschäftigte Arbeitnehmer:innen (Sozial- und Bildungsbereich, Gesundheitsberufe), Wohngeldempfänger:innen , ...

Für die Eingliederungshilfe bedeuten die geplanten Änderungen den Versuch, die Zeit zurück zu drehen: Unter Missachtung der UN-Behindertenrechtskonvention (diese gilt seit 2009 in der Bundesrepublik) sollen zentrale Errungenschaften des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) von 2016 jetzt wieder abgewickelt werden. Eingeschränkt werden soll das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen und ihre Möglichkeiten zu Mitentscheidungen und, vermittelt über Kostendeckelung, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Die Refinanzierung von Tarifverträgen wird in Frage gestellt, um so die Tarifautonomie im Bereich der Eingliederungshilfe und bei Pflegeeinrichtungen auszuhebeln. In der Diskussion ist auch die gesetzliche Begrenzung der Hilfsmittelversorgung oder die Aufhebung der Finanzierung der Fahrtkosten. Und viele weitere Unzumutbarkeiten.

Über die Eingliederungshilfe wird voraussichtlich am 25. Juni 2026 politisch entschieden, für das Pflegeuordnungsgesetz (PNOG) ist ein Koalitionsbeschluss bis Ende Juni geplant.

**Wir sagen: Menschenrechte sind nicht verhandelbar! Die sozialstaatlichen Strukturen sind notwendige Bedingung, sind Voraussetzung einer demokratischen Gesellschaft und ihr Fundament. Wer sie angreift, greift das Gemeinwesen als Ganzes an. Diejenigen, die das vorhaben gefährden uns alle, gefährden sich selbst, gefährden die Demokratie.**

Deshalb werden wir bei der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) am 25. Juni 2026 um 8:30 Uhr bis ca. 10:30 Uhr vor dem Bundesrat und um 14 Uhr bis ca. 16:30 Uhr vor dem Bundeskanzleramt eine Gefährder:innen-Ansprache durchführen. Unterstützt uns! Es sind viele Gefährder:innen, deshalb wäre es gut, wenn viele kommen, um sie alle anzusprechen!

Der BSK e.V. wird bei diesem Anlass seine Petition gegen Kürzungen in der Eingliederungshilfe überreichen.

Wir sind alle betroffen – kommt alle!!